



Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB, Dhünnstr. 2b, 51373 Leverkusen

Nyke Slawik, MdB, Mülheimer Straße 7a, 51375 Leverkusen

Minister Dr. Volker Wissing
Bundesministerium für Digitales und
Verkehr
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Berlin, 28.01.2025
Ihr Schreiben vom 16.01.2025

Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB
Wahlkreisbüro Leverkusen
Dhünnstr. 2b
51373 Leverkusen
Telefon: +49 214 311 985 225
Fax: +49 30 227 - 76015
karl.lauterbach.wk@bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 74870
Fax: +49 30 227- 76015
karl.lauterbach@bundestag.de

Nyke Slawik, MdB
Wahlkreisbüro Leverkusen
Mülheimer Straße 7a
51375 Leverkusen
Telefon: +49 214 310 02 85
nyke.slawik.wk@bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 73399
nyke.slawik@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Wissing,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Henckel,

mit Ihrem Schreiben vom 16.01.2025 haben Sie den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Uwe Richrath, informiert, dass der Planungsprozess des Autobahnausbaus in Leverkusen in Hochlage nun schnellstmöglich vorangetrieben werden soll.

Es ist unbestritten, dass die A1 und A3 Lebensadern der gesamten Region sind und es in der näheren Zukunft auch bleiben werden. Die A3 zwischen Leverkusen und Köln ist die meistbefahrene Autobahn Deutschlands. Ein verlässlicher Verkehrsfluss ist daher auch im Interesse der Leverkusener Bürgerinnen und Bürger, der Pendlerinnen und Pendler und der ansässigen Unternehmen und Wirtschaftsbetriebe.

Als Leverkusener Bundestagsabgeordnete ist es allerdings unsere Pflicht, massive Schäden für die Gesundheit von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie für das Klima und die Umwelt abzuwenden, die mit einem geplanten Autobahnausbau in Höhenlage einhergehen würden. Deswegen wenden wir uns heute an Sie.

Die geplante Hochlage wird die ohnehin erhebliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort durch Lärm- und Schadstoffemissionen weiter verschärfen. Bereits heute leiden die Bürgerinnen und Bürger in Leverkusen massiv unter den Folgen des hohen Verkehrsaufkommens.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Gesundheit der Menschen – insbesondere derjenigen, die in unmittelbarer Nähe zu den Verkehrsachsen leben – weiter aufs Spiel gesetzt wird. Studien zeigen eindeutig, dass eine Erhöhung von Lärm- und Schadstoffbelastungen das Risiko für Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen signifikant steigert. Als verantwortliche Politikerinnen und Politiker ist es unsere Pflicht, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger an erste Stelle zu setzen.



Ein weiterer gravierender Punkt ist der massive Flächenfraß, der mit einem Autobahnausbau in Hochlage einhergehen würde. Die Realisierung solcher Projekte beansprucht wertvolle Flächen, wie das Naturschutzgebiet Dhünnaue, die für die Erhaltung von Naturräumen und die Biodiversität von entscheidender Bedeutung sind. In einer Zeit, in der Flächenversiegelung und der Verlust von Grünflächen immer drängendere Probleme darstellen, ist es unvertretbar, weitere Flächen für den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur zu opfern. Stattdessen sollten wir uns auf eine nachhaltige Flächennutzung konzentrieren, die den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sicherstellt.

Ein Tunnel bzw. ein Trog ist daher nach unserer Auffassung die bessere Lösung für Leverkusen.

In den vorangegangenen Gesprächen zwischen dem Ministerium und Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgesellschaft ist deutlich geworden, dass Ihr Ministerium einen Autobahnausbau in Tieflage grundsätzlich unterstützt, solange die „Wirtschaftlichkeitslücke“ zwischen Ausbau in Hoch- und Tieflage geschlossen werden könnte.

Hierbei würden jedoch nach Schätzungen der Autobahn GmbH Kosten in Höhe von etwa 1,3 Milliarden Euro auf die Stadt Leverkusen zukommen. Eine Summe, die auf keinen Fall von der Stadt getragen werden kann.

Wir möchten hierbei insbesondere an Ihr Ministerium appellieren, dass die „wirtschaftlichste“ Lösung nicht zwangsläufig die finanziell günstigste Lösung ist, sondern weitere Faktoren einbezogen werden müssen.

Denn die Leverkusener Bürgerinnen und Bürger müssen bereits seit Jahrzehnten die negativen Folgen der Autobahn aushalten. Und diese Last droht nun durch die Verbreiterung der Autobahn zusätzlich erschwert zu werden.

Deswegen können und müssen wir bei der Vorzugsvariantenauswahl weitere Faktoren miteinkalkulieren. Wie viele Lebensjahre könnten wir retten, wenn wir die Luftqualität der Stadt drastisch verbessern? Wie viel Lebensqualität können wir durch den Erhalt der Dhünnaue sichern? Wie viele Behandlungen könnten wir uns sparen, wenn die Leute durch Feinstaub und Lärm nicht mehr krank würden? Wie groß ist der gesellschaftliche Nutzen, wenn wir über dem Tunnel neue städtische Flächen in einem der höchst verdichteten Ballungsgebiete der gesamten Bundesrepublik schaffen? Welche Mehrkosten müssen wir jetzt tragen, um für alle nachfolgenden Generationen eine bessere Zukunft zu sichern?

Sehr geehrter Herr Kollege Wissing,



mit dem Verbleib in der Bundesregierung haben Sie Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land bewiesen. Wir bitten Sie nun, diese Verantwortung auch gegenüber den Leverkusener Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen. Lassen Sie uns gemeinsam für eine zukunftsgerichtete und klimaschonende Mobilitätspolitik kämpfen und die Bedürfnisse von Menschen und Umwelt bei der Verkehrswegeplanung in den Vordergrund stellen.

Eine moderne Verkehrspolitik muss die Weichen für eine nachhaltige und resiliente Infrastruktur stellen. Die Situation in Leverkusen steht exemplarisch für eine fehlgeleitete Priorisierung, die langfristig mehr Probleme schafft als löst. Lassen Sie uns stattdessen gemeinsam auf intelligente Verkehrslösungen setzen, die Mobilität für alle zugänglich machen, ohne dabei die Umwelt zu zerstören, die Klimakrise weiter zu verschärfen oder die Gesundheit der Menschen zu gefährden.

Bevor der Autobahnausbau in Höhenlage allein aufgrund der geringeren Baukosten allen anderen Alternativen vorgezogen wird, müssen die Auswirkungen aller Varianten auf Gesundheit, Gesellschaft, Umwelt und Klima neu geprüft werden.

Wenn wir jetzt zu kurz denken, tragen die kommenden Generationen die tatsächliche Last dieser kurzsichtigen Politik.

Daher bitten wir Sie, die Alternativlösungen erneut anhand der oben genannten Parameter und eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Troglösung wohlwollend zu prüfen.



Karl Lauterbach



Nyke Slawik